





änderung aller Zahlenbegriffe berücksichtigen, die mit der Entwertung der Reichsmark, ihrer bedeutend geminderten Kaufkraft verbunden ist.

Der Umfang der bestehenden Inflation tritt besonders kraft in der Summe der Bankdepositen in Erscheinung. Die verzögerte Einziehung der Vermögens- und erhöhten Einkommensteuern bei fortgesetzter Inanspruchnahme der Notenpresse macht sich in dieser ungeheuren Anschwellung der Papiervermögen geltend und es muß immer erneut darauf hingewiesen werden, daß erst die Abzäpfung dieser zufälligen Geldsummen zu einer besseren Entwicklung des Geldwertes in Deutschland selbst führen kann. Jetzt haben wir die Erscheinung, daß die inländische Kaufkraft der Mark unter ihrer internationalen Kaufkraft zu sinken droht. Die „Deutsche Bank“ gibt ihre Depoiten mit fast 14 Milliarden gegen 1 1/2 Milliarden im Jahre 1913 an. Sämtliche deutsche Aktienbanken bezifferten 1913 ihre Einlagen mit 9 1/2 Milliarden Mark, allerdings sind auch die deponierten Gelder bei den Sparkassen und den genossenschaftlichen Kreditinstituten stets sehr umfangreich gewesen. Sie zeigen dort sogar infolge der Aufnahme des Giroverkehrs bei günstigeren Bedingungen sowie der teilweisen Aufhebung früherer Beschränkungen eine stark steigende Tendenz. Im Jahre 1909 schätzte man z. B. die Depoiten bei den Banken auf etwa 5-6 Milliarden, die Einlagen bei den Sparkassen aber beliefen sich auf 15 1/2 Milliarden, bei den Kreditgenossenschaften auf etwa 2 Milliarden Mark. In den Vereinigten Staaten mit ihrer bedeutend größeren Kapitalkraft und der guten Durchbildung des Depositen-systemes betrug die Summe aller Einlagen im Jahre 1909 bereits 59, in Großbritannien bei Sparkassen und Banken zusammen nur etwa 11 Milliarden Mark.

Für die Vergrößerung des Geschäftsumfanges der „Deutschen Bank“ ist es bezeichnend, daß nicht weniger als etwa 600 000 Konten geführt werden gegen 200 000 im Jahre 1913. — Die Intensität der Arbeitsleistung der Bankangestellten wird durch die Angabe dokumentiert, daß trotz sehr vermehrter Arbeit nicht mehr Angestellte als im Jahre 1913 (jedemaliger Stand Ende Dezember) beschäftigt wurden, obwohl allein in diesem Zeitraum fast 39 000 neue Konten hinzukamen und das Börsengeschäft des Publikums einen gewaltigen Umfang angenommen hatte. Die zahlreichen Mitarbeiter, die von der Arbeitsunlust der Angestellten und Arbeiter gar nicht genug reden können, sollten sich folgende Äußerung des Geschäftsrichters hinter die Ohren schreiben: „An die Arbeitskraft der Angestellten müßten ganz ungewöhnliche Anforderungen gestellt werden. Wir erkennen gern an, daß mit Eifer, zum großen Teil mit vollem Einsatz aller Kräfte gearbeitet worden ist.“

Wie hoch der Reingewinn der Großbanken in Wirklichkeit ist, läßt sich aus den veröffentlichten Bilanzen kaum erkennen. Große Ertragnisse auf verschiedenen Konten werden nicht ausgewiesen, sondern als stille Reserven, die gar nicht in Erscheinung treten, sichergestellt. Wenn z. B. nur ein Wertpapiergewinn von 5 1/2 Mill. deklariert wird, so ist es sicher, daß dies nur ein kleiner Teil des tatsächlichen Gewinnes sein kann, denn das Jahr 1919 mit seiner glänzenden Konjunktur für Wertpapiere hat auf diesem Konto sicherlich höhere Erträge gebracht. Bilanzmäßig wird ein Reingewinn von 62 1/2 Mill. angegeben, von denen u. a. 33 Mill. als 12 Prozent Dividende auf das Aktienkapital zur Ausschüttung gelangen, 9 Mill. als Abschlußvergütung an die Angestellten gezahlt und 1 138 440 M. an den Aufsichtsrat überwiesen werden sollen.

Wie unsympathisch den Herren der Großfinanz jeder Gedanke einer sozialistischen Wirtschaftspolitik ist, kommt deutlich in folgender Erwägung, die den grundsätzlichen Teil des Berichtes abschließt, zum Ausdruck:

„Daß nicht durch kräftiges Eingreifen des Staates in das gewerbliche Leben das deutsche Kapital abgedrückt wird, seine Mitwirkung zu leisten in einer Zeit, in der es sich darum handelt, unserer Industrie diejenigen Mittel zuzuführen, die sie zur Steigerung ihrer Produktion und zur Erhaltung ihrer Kraft im Wettbewerb auf dem Weltmarkte befähigen, ist die Sorge der nächsten Zukunft.“

Die Fusion mit kleineren und größeren Privat- und Aktienbanken ist bei den verschiedenen Großbanken seit jeher in bedeutendem Umfange erfolgt und hat die räumliche Ausdehnung über ganz Deutschland erleichtert. Es wurden dadurch zugleich mit der örtlichen oder provinziellen Depositenunterschiede meist wichtige Verbindungen mit Industrieunternehmen, Handelshäusern usw. gewonnen und die Einwirkung auf den Gang der Wirtschaft an entscheidenden Punkten vermehrt. Aber nicht nur die offene Fusion dient dieser Verschmelzungs- und Machterweiterungstendenz, sondern in vielen Fällen wird zunächst nur

zu einer Beteiligung durch Käufe fremder Bankaktien übergegangen, bei denen man sich die Majorität zu sichern und dadurch den notwendigen Einfluß zu erhalten strebt. So weist der Jahresbericht der „Deutschen Bank“ auf die Erträge aus dauernden Beteiligungen bei der „Deutschen Vereinsbank“, bei der „Württembergischen Vereinsbank“, der „Hannoverschen Bank“, der „Eisener Kreditanstalt“ und mehreren anderer Bankunternehmen hin und ebenso auf die Teilnahme an Kapitalerhöhungen bei einer Reihe großer industrieller Gesellschaften, denen die „Deutsche Bank“ nahesteht. In hunderter Folge sehen wir Braunkohlenaktiengesellschaften und Maschinenfabriken, Spinnerei, Weberei und Schuhfabrik, chemische Unternehmen und Elektrizitätswerke und viele andere Industrien aufgeführt und gewinnen eine knappe Vorstellung von der wirtschaftspolitischen Bedeutung vieler Beratungen in den Direktionszimmern der Bank, die in immer umfassenderer Weise zu einem der Zentralfunkte des gesamten ökonomischen Lebens des Volkes geworden ist.

Die Erkenntnis der Macht, die das Finanzkapital in seiner durchgebildeten, vollendetsten Gestalt in diesen Großbanken auszuüben in der Lage ist, zwingt zu der Frage, ob die Entwicklung unserer Volkswirtschaft, von deren Gestaltung die ökonomische und die kulturelle Zukunft Deutschlands in höchstem Maße abhängt, einer unverantwortlichen, auf die Erhaltung der Dividende und die Steigerung ihrer Macht gerichteten Gruppe großer Finanzmagnaten überlassen bleiben darf und ob die Wahrung der gemeinwirtschaftlichen Interessen in der heutigen Form des Bankbetriebes möglich sein kann? „Die Frage aufwerfen, heißt, sie verneinen.“

Wenn wir auch von einer Wertung irgend eines bestimmten Menschen vollständig absehen, und sogar annehmen wollen, daß eine Anzahl Bankdirektoren sich in einem gewissen Grade ihrer höheren volkswirtschaftlichen Verantwortung bewußt sein werden, so erscheint es doch als eine Unmöglichkeit, daß bei den Maßnahmen dieser privatkapitalistisch orientierten Unternehmen das Gemeininteresse so im Vordergrund stehen kann, wie es gerade bei den Großbanken unbedingt erforderlich wäre. Hier sind Machtpositionen geschaffen, die stärker sind als der Wille mancher Minister und Dekrete der Volksvertretung, denn in ihnen sammelt sich konzentrierte reale Macht, die Krisen erzeugen, Fabriken zum Stillstand bringen, Arbeitslosigkeit hervorruft und den Gang der politisch-sozialen Entwicklung entscheidend bestimmen kann.

Die Forderung der gemeinwirtschaftlichen Umgestaltung der Banken muß mit besonderer Entschiedenheit erhoben werden. Die Köpfe der zahlreichen Angestellten, die im Bankwesen noch von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit träumen, müssen revolutioniert und der Wille zum Sozialismus in ihnen entwickelt werden. Die Notwendigkeit der geschlossenen Front der Angestellten, Arbeiter und Beamten muß zum unerschütterlichen Dogma aller Arbeitnehmer werden. Die Arbeiterklasse aber muß erkennen, daß in den Bankpalästen der Friedrichstadt, die nach außen so friedlich und ruhig daliegen, im stärksten Maße das Schicksal des gesamten Volkes bestimmt wird und daß die Überführung der Großbanken im Gemeinbesitz eine wichtige Vorbedingung erfolgreicher sozialistischer Umgestaltung ist.

## Gegen die Todesstrafe

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat stets an der Forderung des Erfurter Programms nach Abschaffung der Todesstrafe festgehalten und sie auch bei der Verfassungsberatung in Weimar vertreten. Trotz ihres Widerspruchs wurde damals die Todesstrafe beibehalten. Die Fraktion hat nunmehr im Reichstage folgenden Antrag eingebracht:

Die Todesstrafe wird abgeschafft. An ihre Stelle tritt bis zur Reform des Strafgesetzbuches die jetzt zulässige Höchststrafe.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Die Beratung dieses Antrages wird unfernen Genossen erneut Gelegenheit geben, die heutige Klassenjustiz zu brandmarken, die die Mörder ungezügelter Vorkämpfer des Proletariats durch Kriegsgerichte freisprechen und einen Dummengunstreich wie die Uebermalung des Bonner Kaiserdenkmals mit roter Farbe, mit zwei Jahren Gefängnis ahnden läßt, die auf Diebstahl höhere Strafen setzt, als auf Vergehen gegen die Gesundheit und das Leben von Menschen. Zugleich werden sie dabei auf das nachdrücklichste die Reform unseres gesamten Justizwesens, insbesondere aber der Strafrechtspflege und Rechtsprechung zu fordern haben.

Und dennoch war der Dieb mit seinem Schicksal nicht zufrieden. Er sehnte sich nach Freiheit.

Abend wars. Er hochte neben mir. Schaute mich nicht einmal an, da er sagte:

„Nachts reiß ich aus.“

Zum Abendbrot aß er eine Servelat und trank nicht schwarzen Kaffee, wie die vielen Arbeiter, der Mittelschullehrer, der Reformierten-Senior oder der Eisenbahn-Oberkontrollleur. Nachher verzehrte er einen Apfel und sprach höchst der Kognakflasche zu, die für ihn der freundliche Polzhiltz bereitgestellt hatte.

„Während der Revolution habe ich nicht gestohlen!“ — sagte er plötzlich. — „Aber jetzt...“ — Und er machte mit der Hand eine verzweifelte Geste.

In feinen Augen schimmerten der Lebensweisheit winzige Reflexe. Er stand auf, versenkte beide Hände in die Hosentaschen, schritt leise an mir vorbei, zuckte die Achsel, warf mir nochmals zu:

„Heute nacht reiß ich aus.“

Schwere Träume quälten die Verbrecher. Mancher schrie plötzlich im Schlaf auf. Krampfhaftes Zucken lief über ihre Nerven. In den Stockwerken wurden ächzend nie begangene Verbrechen gestanden. Die Wände öffneten der Qualen wildem Röheln die Ohren. Auch die Träume benagten die Leben der Gefangenen. Im schwarzen Zelt der Nacht litten tausend und aber tausend Christusse.

Der Dieb bot seine Flasche dem Schergen an. Von diesem ließ sich der Scherge sogar mit Alkohol bewirten. Sie lächelten und plauderten.

Der Morgens Stille wurde vom Gebrüll des Schergen zerissen. Die Gefangenen öffneten zitternd die Augen. Mit betrunkenem Mut suchte der Scherge in des Raumes Mitte.

„Welcher gottlose Schurke hat mir die Uhr gestohlen?“

Seine Augen traten hervor, wie eine mit Wasser gefüllte Kugel, die zu bersten droht. Unheilverkündend schüttelte er die Faust. Seine Schläfen hämmerten. Jemand hatte ihm auf die Stirne mit Tintenblei ein Kreuz gemalt.

Den Gefangenen wurden die Taschen ausgetrennt, alle Winkel des Raumes wurden abgesehen. Die Uhr kam nicht zum Vorschein. Keine Spur blieb von ihr, bloß das kleine, brandmarkende, höhnliche Kreuz auf des Schergen Stirne.

Bei der allmorgentlichen Visite mußte der Dieb nicht von uns getrennt aufgestellt werden. Er war des Nachts ausgerissen.

## Konferenz der Länderregierungen

Amlich wird gemeldet: Heute vormittag um 11 Uhr trat die Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder und den Vertretern der freien Städte zu einer mehrstündigen Aussprache zusammen. Den Vorsitz führte der Reichskanzler. Der Minister des Auswärtigen Dr. Simons hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Verhandlungen in Spa. Die Aussprache, in der auch insbesondere der Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister der Finanzen und der Reichsminister des Innern das Wort nahmen, ergab volle Uebereinstimmung. Es nahmen u. a. teil: Ministerpräsident Braun, Preußen; Ministerpräsident Dr. von Kahr, Bayern; Staatspräsident Dierker, Württemberg; Staatspräsident Geiß, Baden; Staatsminister Dr. Paulsen, Thüringen; Staatspräsident Ulrich, Hessen; Ministerpräsident Tanke, Oldenburg; Ministerpräsident Dr. Wendorf, Mecklenburg-Schwerin; Erster Staatsminister Fehr, von Reibnitz, Mecklenburg-Strelitz, Bürgermeister Dr. Dieckel, Hamburg; sowie Vertreter der anderen Länder. In Uebereinstimmung mit einer Entschlieung der früheren Reichsregierung wurde beschlossen, solche Besprechungen künftig regelmäßig mehrmals im Jahre stattfinden zu lassen.

## Der Teufel als Spiegel

Durch die Beweisaufnahme im Hauptprozeß wurde Hef in die Spiegelwelt hineingeleuchtet, die von den Rechtssozialisten Koste, Heine, Hirsch und Ernst in der Republik errichtet wurde. Es konnte festgestellt werden, daß der Spiegel Teufel von der militärischen Nachrichtenstelle, in deren Dienste er stand, beauftragt wurde, Verbrechen zu verüben oder dazu aufzufordern, damit der Reichswehr Gelegenheit zum gewalttätigen Vorgehen gegen die K. P. D. gegeben werde. Teufel hat selbst an der Ausführung eines solchen Verbrechens teilgenommen; er hat das Attenta auf Dr. Lomski vorbereitet, an die jungen Kommunisten, die er zu diesem Verbrechen überredete, Waffen, Stahlhelme und Reichswehruniformen geliefert, er hat, nach der Auslosung eines Zeugen, sogar die Schläge und Schüsse auf den Ueberfallenen abgegeben und den Raub geteilt; trotzdem hat das Gericht noch keine Gelegenheit gefunden, diesen Verbrecher unschuldig zu machen; er wurde gestern vor Gericht sogar verurteilt.

Teufel hat seine Verbrechen im Auftrag des Grafen Westarp ausgeführt. Jenes Mannes, der im Ledebourprozeß schon eine höchst unwürdige Rolle spielte. Er hatte im Januar 1919 die Erstürmung des „Wörwris“ geleitet und war Zeuge der niederträchtigen Abhandlungen an den Gefangenen, er ist auch bei der Erschießung der lieben Parlamentäre zugegen gewesen, stritt aber vor Gericht alles ab und mußte sich deshalb von mehreren Zeugen ins Gesicht schlagen lassen, daß er einen Meineid geschworen habe. Westarp leitete dann später eine militärische Nachrichtenstelle. Von dieser wurde Teufel auch beauftragt, Flugblätter anzujertigen, die den Anschein erwecken mußten, als seien sie vom „Roten Soldatenbund“.

Es war damals eine eben so kritische Zeit, wie die jetzige; die Reichswehr war durch die Enquete in ihrem Bestandteil bedroht. Provokationen mußten geschaffen werden, damit die Arbeiter dieser Clique ihr Blut opfereten. Da erschien eines Tages unter anderem ein Flugblatt, gerichtet an „Die Angehörigen der Freiwilligenverbände“, in dem den „Brüdern im Stahlhelm“ gesagt wurde, daß es Zeit wäre, die Waffen niederzuliegen: „Brüder im Stahlhelm, wagt Ihr, wofür Ihr kämpft? Ihr kämpft für die Offiziersmenschen Wilhelms des Blätigen. Ihr kämpft für Schloßbarone und Krautjunken.“ So hieß es wörtlich. Dann kam der gewollte Satz: „Ueber diesen Auswurf der Menschheit werden wir das Standrecht verhängen! Darum besinnt Euch!“ Unterzeichnet war das Flugblatt „Die roten Soldaten.“ Der Schlußsatz vom Standrecht war es, der die Reichswehr in Bewegung setzte. Flugzeuge überquerten Berlin, Autos machten die Straßen unsicher. Denn hunderte Tausende Enquetegegner, unterzeichnet „Die Soldaten der Reichswehr“ überfluteten Berlin. Und was war es? Bestellte Arbeit! Denn die „roten Soldaten“, die die meisten dieser Flugblätter umsehnten, waren die Spiegel des Korps Lüttich und das Manuskript dazu lieferte die Stütze des Grafen Westarp, der Kronzeuge im Hauptprozeß: Herr Dittmar Teufel!

Also doch etwas faul. Der Oberbürgermeister der Stadt Halle, Dr. Kiese, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Bekanntlich war auf Antrag der Unabhängigen gegen Dr. Kiese ein Disziplinarverfahren anlässlich seines Verhaltens während des Kapp-Putsch eingeleitet worden, das aber nichts Belastendes ergab. Daraufhin war eine Verfügung des Oberpräsidenten auf Wiederernennung des Oberbürgermeisters in sein Amt ergangen. Dr. Kiese zieht es jedoch vor, nicht wieder auf seinen Posten zurückzukehren.

## Der Dieb

(Aus dem Tagebuch eines politischen Gefangenen.)

Von Ladislaus Sas.

Der Dieb war hiebzehn Jahre alt und schielte auf dem linken Auge. Er hatte seine dünne, neröse Finger, die unmerklich in die vollen, dunkeln Taschen glitten. In seinen Mundwinkeln hatte sich ein spöttisches und überlegenes Lächeln eingenistet. Seine Augen waren ruhelos; kleine Reflexe der Lebensweisheit hatten sich in ihnen festgesetzt. Sein Verbrechen war das kleinste: er hatte bloß gestohlen.

Wir bemerkten gar nicht, wie er zu uns gelangte. Plötzlich taucht er unter den milden Menschenbildern auf und schielte lächelnd die lebenden Verbrecher an. Die gequälten und geschändeten Verbrecher, die nicht gestohlen, nicht geraubt, sondern die menschliche Freiheit verlorbet hatten.

Es waren schwere Verbrecher. Sie hatten die Fenster der Paläste geöffnet und die abgestandene Luft des Mühsigganges hinausgetrieben. Und hatten die Tische, über die Karten geglitten und Goldstücke gerollt waren, für wissenschaftliche Menschen mit Büchern vollgelegt. Und hatten in den Kuppelkassen, wo bisher hoch und Klassenunterdrückung verkündet worden waren, das erlösende neue Leben gelehrt.

Es waren schwere Verbrecher. Denn sie hatten den Räubellosen Räubel gegeben, und ein Obdach jenen, die obdachlos waren. Und Boden den Besitzlosen und ein friedliches Leben den Sorgengequälten.

Es waren schwere Verbrecher. Denn sie hatten das Brot gleichmäßig verteilt.

O, wie glücklich war der Dieb! Er hatte ja bloß gestohlen. Selbstbewußt ging er zwischen uns umher. Fühlte, er stehe hoch über uns. Zerstück mit höhnlichem Blick der Menschen Gesichter. Er war der einzige, mit dem sich selbst der stolze Scherge ins Gespräch einließ. Dieser nahm von ihm sogar Zigaretten an.

Wenn allmorgentlich der Wächtermeister hereinkam und die Verbrecher zählte, wurde der Dieb von uns getrennt aufgestellt. Uns spien sie Beschimpfungen ins Gesicht, er wurde freundlich angelächelt.

Wie ist dieser anständige Dieb unter diese Schurken geraten?

Er war der Günstling der gesetzlichen Macht. Wurde bedonet. Ihm wurde verziehen. Denn er hatte ja bloß gestohlen.

O, wie glücklich war der Dieb!

## Schillertheater

„Der ehemalige Leutnant“

Kann auch im Schillertheater nicht leben. Dort grassiert er unter der Sommerdirektion Gladel in Form eines dreitägigen Lustspiels von Kadelburg und Gordon. Man sollte eine solche militärische, nechtsch-dumme Reaktionsliebigkeit selbst bei diesen Schwanenbühnen heute nicht mehr für möglich halten. Aber in diesem Deutschland ist eben nichts mehr unmöglich. Bei Kriegsbeginn bejubelten sie die Kriegsposten mit Hurra, Schmalz und Goppfassa, in den Kaufhäusern lassen sie sich heute noch die widerwärtigen Kriegserklärungen in die Hände stecken und ihre Lustpilantoren lassen unter albernem Verpötnung der Arbeiter- und Soldatenräte den arbeitslosen, aber Gott sei Dank noch immer monatelangbewehrten Leutnant zum Fabrikherren avancieren. Denn (wörtlich bei Kadelburg) „der liebe Herrgott wird sich wieder an seine Leutnants erinnern!“ Darum läßt er sie am Schluß dieses traurigen Lustspiels nach altem Brauch auch noch durch eine reiche Heirat mit einer goldenen Gans glücklich werden. — oder er läßt sie in Wirklichkeit sich bei der Reichswehr, Sicherheitswehr und ähnlichen militärischen Schlupfwinkeln wieder manig machen. Die Schicksale innerhalb und außerhalb des Theaters danken es ihm und das bürgerliche Publikum „geht mit.“ Die Darstellung war im Ganzen nicht schlecht. Hans Bahmann, der einen knurrigen Schwiegervater humorvoll belferte, wünscht man die Rückkehr in künstlerische Regionen, ehe es zu spät ist. E. B.

In der Sommeropernspielzeit der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, hat, wie im vorigen Jahre, wieder Maximilian Moris die künstlerische Leitung.

Das nächste Volkskonzert des Bläser-Orchesters findet am Montag, den 6. Juli, abends 7 1/2 Uhr in der Branerei Adnigshof statt. Karten sind zu haben im Bismarckpark, Dörfch, Engelstein 16 (Gewerkschaftshaus), Freiheit, Breitestr. und an der Abendkasse.

Im Theater des Westens gelangt ab Freitag der Schwan „Der Rabenvater“ von Fischer und Jaros mit Max Hallenberg und Gisela Werdegitz in den beiden komischen Hauptrollen zur Aufführung.

Von Stanislaw Przhyszewski, dem Freunde und Kampfgenossen Strindbergs und Dehmel aus den Tagen der Tafelrunde im „Schwarzen Ferkel“ bereitet der Verlag Gustav Kiepenheuer, Potsdam, neben einer Auswahlangabe bereits erschienener Dramen und Erzählungen die Veröffentlichung einiger neuer Werke vor, darunter den dreiteiligen Roman „Der starke Mensch“ und die „latantischen“ Dämonen, „Die Dore“ und „Die schwarze Magie“.



# Groß-Berliner Organisationsfragen

Von Richard Krille.

Die Organisationsformen und Einheiten einer revolutionären politischen Partei sind genau denselben Einwirkungen unterworfen und ausgelegt, die dieselben zu einer Veränderung ihres inneren Aufbaus zwingen, wie die Gewerkschaften, und es trägt viel zum Gelingen bei, sind diese Notwendigkeiten in bezug auf die Umgestaltung und zeitgemäße Modernisierung rechtzeitig berücksichtigt und durchgeführt wurden. Die Gewerkschaften werden durch die wirtschaftlichen Kämpfe, sowie durch die gesamten innerpolitischen Verhältnisse, auch im Hinblick auf die kommenden großen Entscheidungen zwischen Kapital und Arbeit gezwungen, sich über den Rahmen ihrer verhältnismäßig engen Berufsorganisationsform hinaus zu Industrieverbänden zusammenzuschließen, wollen sie den Anforderungen der Zukunft auch nur einigermaßen genügen. Sogenannte „Traditionen“ dürfen in diesem Falle keine Rolle spielen und müssen ohne Rücksicht auf festgewordene, bewährte Einrichtungen beseitigt und durch bessere, zeitgemäße ersetzt werden.

Die Organisation der Betriebsräte ist in dieser Hinsicht in einer ungleich günstigeren Lage. Ein Kind der Revolution, ohne jede organisatorische Ueberlieferung und Organisationsgeschichte, konnte dieselbe sofort, ohne Hindernisse der verschiedensten Art vorzufinden, zu der Organisationsform übergehen, die nur ökonomische Gesichtspunkte als Unterlage des Aufbaues gelten läßt und somit im weitesten Maße allen Anforderungen entspricht, die in bezug auf Erfassung der zu organisierenden Schicht und Beweglichkeit im Handeln, Vereinfachung der notwendigen Instanzen sowie Zentralisation der Verwaltung an eine Kampforganisation gestellt werden können. Dabei tritt noch der für die angeführten Notwendigkeiten günstige Faktor hinzu, daß dieselbe den Wirtschaftsbereich als Grundlage und Einheit gelten läßt, daß der Wirkungsbereich nur in den seltensten Fällen über den Wirtschaftsbereich hinausgeht.

Andererseits unser Parteiorganismus. Noch heute dienen die Wahlkreise, aufgestellt anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung als organisatorische Einheiten, trotzdem diese Wahlkreiszugehörigkeit keine Rücksicht auf wirtschaftliche Zusammenhänge nimmt, sondern nur wahlkreispolitische Gründe zum Ausdruck bringt. Auf diese Weise sind in unserer Partei Nationalwahlkreise vorhanden, die an Gegenständigkeit und Verschiedenartigkeit in wirtschaftlicher Beziehung kaum überboten werden können und demzufolge auch keine Einheitlichkeit der Agitation und Organisation zulassen, da ja die Struktur derartiger Bezirke, von sozialen Gesichtspunkten aus betrachtet, durch diese Gegensätze stark beeinträchtigt wird.

Solange eine politische Organisation ihren Organismus in erster Linie einstellt auf Wahlkämpfe und die Durchführung von Wahlen zu allen gegebenden Körperchaften, kann man sich mit einem Aufbau nach vorhandenen Wahlkreisen abfinden und denselben als brauchbar bezeichnen. Sobald aber eine Partei, wie die U. S. V. D. den Parlamentarismus und damit parlamentarische und Wahlkämpfe nicht als Haupt- oder alleiniges Kampfmittel betrachtet, sondern die Aktion, gestützt in erster Linie auf die in den Wirtschaftszentren vorhandenen revolutionären Arbeiter, wirkt eine derartige Gruppierung hemmend, erhöht die Aktivität und schnelleres Agitationsbezirke, mit eigener allem dann, wenn sich mehrere Agitationsbezirke, mit eigener Verwaltung und Leitung, in einem in sich geschlossenen und wirtschaftliche Einheit anerkannten Gebilde, wie es zweifellos in Groß-Berlin ist, vorfinden. Wie oft mußten, um nur ein Beispiel anzuführen bei Groß-Berliner-Fragen 3 Geschäftsleitungen in Bewegung gesetzt werden, 3 Körperschaften dazu Stellung nehmen, wo oftmals schon ein gehandelt werden mußte.

Aber nicht nur verwaltungstechnisch ist die jetzige Form überholt, sondern auch in agitatorischer Hinsicht ist dieselbe reformbedürftig, wenn wir unsere Agitation mehr nach den sozialen Gesichtspunkten vornehmen wollen. Vor allem ist die Befähigung nicht von der Hand zu weisen, daß innerhalb der Bezirke eine Schematisierung der Agitation eintritt, ohne Rücksicht auf das Vorhandensein von rein ländlichen neben ausgesprochen großstädtischen Gebieten. Natürlich geschieht das auf Kosten des platten Landes. Wenn schon das Flugblatt, die Broschüre, für den ländlichen Proletariat bestimmt, von dem für die Bewohner der Industriegebiete inhaltlich abzuweichen muß, so gilt dasselbe auch für das gesprochene Wort. Wenn auch die Aufstellung, die Landarbeiter und Kleinbauern verstehen nichts von Politik und den anderen, den großstädtischen Arbeiter interessierenden Fragen eine 12 Zeilen ist, so muß doch die Aufnahmefähigkeit derselben berücksichtigt und nicht außer Acht gelassen werden, daß die großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge für viele noch Neuland bedeuten.

Dessgleichen ist ein organisatorisches Schema, einheitlich für Stadt und Land, nicht zu empfehlen, da dem ländlichen Proletariat in den meisten Fällen die organisatorische Schulung fehlt, die Zeit, vor allem in den Sommermonaten, ihm nicht so zur Verfügung steht, um sich in dieser Zeit der Organisation widmen zu können und vielen die Teilnahme an Sitzungen und Konferenzen etwas neuartiges ist und in der ersten Zeit oft Unbehagen auslöst und ihn zum Schweigen zwingt.

Was all diesen Gründen ist eine baldige Umstellung unserer Bezirksorganisationen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten notwendig. Für Groß-Berlin gibt die am 1. Oktober in Kraft tretende kommunale Einheitsgemeinde wertvolle Fingerzeige, wenn auch hier und da diese Grenzen durchbrochen und darüber hinaus gegangen werden kann. Im großen und ganzen erfährt Neu-Berlin die Gebiete, die auch wir organisatorisch in einem Einheitsbezirk Groß-Berlin mit einer Verwaltung und Leitung zusammenfassen müssen. Dann erst sind die Grundlagen für Einfachheit der gesamten Verwaltung, denkbar bester Aktivität und Einheitlichkeit bei allen Aktionen und sonstigen Veranstaltungen gegeben.

Der Aufbau kann in E. so vorgenommen werden, daß in Berlin die schon vorhandenen 18 Distrikte, in den Vororten die jetzigen kommunalen Verwaltungsbezirke als Grundlage dienen. Da sich schließlich die Notwendigkeit ergeben wird, auch nicht zum kommunalen Berlin gehörende Gebiete, innerhalb des Bereichs der Vorortbahnen, dem Bezirk Berlin anzuschließen, können ohne Schwierigkeiten weitere Distrikte gebildet werden. Diese Distrikte, als Grundlage der Organisation gedacht, bilden vor allem in organisatorischer Hinsicht, die Einheit und sind aus diesem Grunde, vor allem verwaltungsrechtlich, mit weitgehenden Rechten und einer nicht bürokratisierenden, sondern weitgehenden Selbständigkeit zu versehen. Da alle nichtgeschäftlichen Fragen innerhalb des Wirtschaftsbezirks nur zentral beraten, vorbereitet und durchgeführt werden können, einfinden dieselben, je nach der Größe ihrer Mitgliederzahl Vertreter in den Aktionsrat des Bezirks. Ob sich nun in den Vorortgemeinden innerhalb der Verwaltungsbezirke die bestehenden Ortsgruppen zu einer zusammenhängenden, oder auch weiterhin selbständig zu bleiben gebenden, sind Fragen der Zweckmäßigkeit und ohne prinzipielle Bedeutung.

Auch in den Herdort nicht erfassen Gebieten der Provinz Brandenburg wird es notwendig werden, Veränderungen im Aufbau vorzunehmen und die auch hier noch bestehenden wahlkreispolitischen Grenzen aufzuheben und Distrikte zu bilden nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dabei darf und kann es keine Rolle spielen, Distrikte aufzustellen, die in räumlicher Beziehung sehr unterschiedlicher Natur sind. Die Hauptsache muß auch hier sein, in sich abgeschlossene Wirtschaftsgebiete, mit dem industriell stärksten Ort als Zentrale, zu schaffen und denselben wie den Groß-Berliner Distrikten, vollständige organisatorische Selbständigkeit zu zubilligen und auch ihnen durch Delegationen die Möglichkeit geben, in dauernder, enger Fühlungnahme mit der Berliner Zentrale zu sein, um auch als Bindeglied zwischen dieser und den sogenannten Provinzdistrikten, in wechselseitiger Beziehung, gelten zu können. Für einen Kenner der Verhältnisse steht es fest, daß derartig große Bezirke, wie solche noch jetzt in Brandenburg vorhanden sind, nicht ihrer Eigenart entsprechend agitatorisch so bearbeitet und organisatorisch so aufgebaut werden können wie es notwendig und wünschenswert wäre. Haben wir

Distrikte geschaffen, denen die Möglichkeit gegeben, alle Maßnahmen in geschäftlicher, organisatorischer Beziehung, ihren inneren Aufbau nach eigenen Wünschen vornehmen zu können, ist die Grundlage zum guten Gelingen aller Partielarbeiten schon dadurch gegeben, daß auch bei untrüben Genossen in der Provinz das Verantwortungsbewußtsein bedeutend gestärkt wird.

Alle anderen Einzelheiten hier auch nur anzudeuten, ist unmöglich. Es ist der Verbands-Generalsammlung am Sonntag dringend zu empfehlen, ihre grundsätzliche Zustimmung vorzulegen, eine Kommission von Fachmännern zu wählen, da nur eine solche Instanz ist, und nicht ein so großer Kreis von Delegierten, noch dazu in einer so verhältnismäßig kurzen Zeit, etwas brauchbares zu schaffen zur Zufriedenheit aller. Diese Ausführungen sollen nur den Anstoß geben zur Diskussion dieser Fragen in der breitesten Öffentlichkeit unserer Partei.

## Neue militaristische Schlupfwinkel

### Auch die Großbetriebe verschaffen sich eine Schutzgarde

Die Bildung von reaktionären Schutzgarden aus den Gütern der preußischen Junker hat auch die Großindustriellen nicht schlafen lassen. Sie sind jetzt dabei, eine „Werkpolizei“ zu organisieren, die die Betriebe angeblich vor den vielen Diebstählen schützen soll, in Wirklichkeit aber das nächste Gegenstück zu dem ländlichen Vorbild der Bewaffnung der Gegenrevolution ist. Wie bei den Gutsbesitzern kleine Detachements von „aufgelösten“ Truppenformationen als sogenannte Landarbeiter untergebracht werden, so schaffen sich die Großindustriellen aus den „aufgelösten“ Freikorps eine Schutzgarde, die angeblich ein Ordnungsorgan sein soll, in Wahrheit aber dem Zweck dient, im geeigneten Augenblick gegen die Arbeiter zu marschieren, zusammen mit anderen militaristischen Formationen den Kapitalismus zu beschützen und der Gegenrevolution die Wege zu bahnen.

Bei Siemens ist die Bildung der „Werkpolizei“ bereits in vollem Gange. Es werden dort Leute aus den Marinebrigaden Ehrhardt und Dörmann eingezogen. Die Truppe soll 300 Mann stark werden und dem Kommando des bekannten Kapitänleutnant Dr. Kerger, dem Kommandant des „Wolf“, unterstellt werden. Der Firma kommt es dabei auf einige Millionen nicht an, den Arbeitern und Angestellten aber werden die Mittel zu einer halbwegs menschlichen Existenz immer wieder verweigert.

Wir warnen die Arbeiter und Angestellten rechtzeitig vor dem Plane der Unternehmer. Die Bildung von militaristischen Schutzgarden der Großindustrie muß mit allen Mitteln verhindert werden. Es handelt sich dabei um nichts weiter als um die Schaffung von neuen Schlupfwinkeln des preussischen Militarismus. Die Werkpolizei soll zusammen mit den bewaffneten Gutsarbeitern die Kadres der Gegenrevolution bilden. Sie soll bei Streiks und Lohnkämpfen die Arbeiter niederhalten und darüber hinaus im Zusammenhang mit der eigentlichen Wehrmacht die Zukunftsstränge der Militärpartei erfüllen. Der preussische Militarismus denkt nicht daran, seine Machtpositionen aufzugeben, er will sie vielmehr erweitern. Seine geheimen Pläne müssen von der Arbeiterklasse rechtzeitig durchkreuzt werden.

## Kommunistische Heuchelei

Trotzdem die kommunistische Partei sich in der Frage des Parlamentarismus ganz dem Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie angepaßt hat, fährt die „Rote Fahne“ lustig fort, die U. S. V. wegen derselben Taten anzugreifen, zu denen sich ihre eigene Partei veranlaßt sieht.

In der gestrigen Nummer der „Roten Fahne“ findet sich folgender heuchlerischer Erguß über die parlamentarische Tätigkeit der unabhängigen Reichstagsfraktion:

„Der parlamentarische Heldennut, die efferroste Oppositionalität der Unabhängigen, die sich in Anträgen, Anfragen und Interpellationen überfüllt ist in Wirklichkeit nur die Rehrseite der politischen Unfähigkeit und Ideenlosigkeit, die sie außerhalb des Parlamentes entwickeln. Weil sie nicht wissen, was sie dem Proletariat sagen sollen, weil sie ihm den Weg zum revolutionären Handeln nicht weisen können, haben sie eine rein negative, oppositionelle Politik in der Frage der Regierungsbildung, der Stilllegung der Betriebe, der Teuerung betrieben und betrieb-a sie noch. Darum muß ihre parlamentarische Tätigkeit notwendig die Form der auf den Reichstag beschränkten, nur im Parlament, mit allen Schikanen des Parlamentarismus betriebenen Politik annehmen.“

Wenn dieser letzte Satz einen Sinn haben soll, so kann er nur bedeuten, daß die Kommunisten es für überaus verpönt halten, sich der Mittel im Parlament zu bedienen, durch die eine Einwirkung auf seine Entscheidungen erreicht werden soll. Man hätte also nach diesen Worten Grund zur Annahme, daß die Kommunisten es verschmähen werden, sich des Mittels der Interpellationen, Anfragen, Anträge und dergl. zu bedienen. Doch ihre Taten bezeugen uns eines andern. Denn die beiden kommunistischen Abgeordneten haben die unabhängige Fraktion um die nötigen Unterschriften zur Erreichung einer Interpellation über die Lockspitzeltätigkeit ersucht, obwohl doch nach den Worten der „Roten Fahne“ anzunehmen ist, daß sich darin nur die Rehrseite der politischen Unfähigkeit und Ideenlosigkeit zeigt. Oder darf dieselbe Handlung verschieden bewertet werden, je nachdem ob sie von Unabhängigen oder Kommunisten begangen wird?

## Das „demokratische Prinzip“ in der Steuergesetzgebung

Uns wird geschrieben:

Zu Ihrem Artikel „Rettung durch den Hunger“ (Nr. 248) muß noch folgende Ergänzung gemacht werden. Nach § 15 des Einkommensteuergesetzes hat jeder Unternehmer bei der Uebertragung 10 Prozent des Arbeitslohns einzubehalten und dafür Steuermarken zu kleben. Dieser Steuerabzug, der sich wie der Verfasser des Artikels richtig sagt, wirtschaftlich als Körperschaftsteuer an das Reich darstellt, bildet zugleich die unrichtigste Unterlage für die Steuerberechnung derjenigen Personen, die nur Einkommen aus der Steuerquelle „Arbeit“ zu versteuern haben, mit anderen Worten: man kann dem Lohnempfänger auf Heller und Pfennig keine steuerbaren Einkünfte nachweisen und der Steuerpflichtige kann bei seiner Steuererklärung gar nicht anders, als der Wahrheit und Steuermoral entsprechend, richtig deklarieren.

Wie sieht es aber mit der Steuermoral derjenigen Personen, die steuerbare Einkünfte aus anderen Steuerquellen (Grundbesitz, Gewerbebetrieb, Kapital- und sonstigen Einnahmen) haben, aus? Nun, diese Steuerpflichtigen besitzen trotz aller die Steuermoral fördernden Vorschriften der Reichsabgabenordnung und des Einkommensteuergesetzes heute noch das Privileg ihre Einkünfte so zu bezeichnen, wie sie es für ihren Geldbeutel richtig befinden. So kommt beispielsweise für die Steuerpflichtigen aus dem Betriebe eines Handelsgewerbes oder des Vergütetes (kurz aller Kaufleute und Kapitalisten) der „Geschäftsgewinn“ in Frage. Dieser Geschäftsgewinn ergibt sich durch einen Vergleich der Betriebseinnahmen mit den Betriebsausgaben, mit anderen Worten, die Bilanz bildet die Grundlage der Steuerdeklaration. Nun können aber nur Laien glauben, daß die kaufmännische Bilanz den tatsächlich erzielten Gewinn richtig wiedergibt. In eingeweihten Kreisen war es bisher offenes Geheimnis, daß eine große Zahl von Kaufleuten zwei Bilanzen aufmachten, eine offizielle „Steuer-Bilanz“ und eine „Geheim-Bilanz“. Die Steuerbilanz weist natürlich durch Ver-

schöpfung oder Unterbewertung der vorhandenen Bestände einen erheblich niedrigeren Gewinn aus als die Geheimbilanz, in der die Vorschriften über die Bilanzbewertung im allgemeinen richtig befolgt zu werden pflegen. In dieser Praxis werden auch die neuen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und die sonstigen in den Steuergesetzen sich findenden Vorschriften nicht abändert. So vorteilhaft vom wirtschaftlichen Standpunkte im kapitalistischen Wirtschaftssystem aus betrachtet, die Schaffung „stiller Reserven“ sein mag, so verwerflich ist sie, wenn sie nur darauf abzielt, sich vor Steuern zu brüden.

In diesem Rechtszustand offenbart sich so richtig das demokratische Prinzip. Bei der arbeitenden Bevölkerung Radmels des Einkommens auf Heller und Pfennig, bei der kapitalistischen Selbstvermittlung des Gewinnes. Ich bin mir zwar bewußt, daß der von mir gezeichnete Rechtszustand im Zeitalter der Profitwirtschaft niemals in einer idealen Weise vervollkommen werden kann, das heißt, daß man den Steuerpflichtigen aus der Steuerquelle „Handel und Gewerbe“ trotz aller auf eine Hebung der Steuermoral hingelenden Kontrolle und Strafvorschriften niemals erfassen wird, aber das sollte Grund genug sein, gegen die Steuerpflichtigen aus der Steuerquelle „Arbeit“ keine Ausnahmegesetze zu schaffen. Es bewahrt sich somit wieder einmal der alte Satz, daß die Gesetzgebung eines jeglichen Landes immer nur das Spiegelbild der im Staate herrschenden Gesellschaftsklassen ist.

## Unruhe in Darmstadt

W. T. B. meldet aus Darmstadt: Kommunisten, denen sich zahlreiche andere Elemente angeschlossen hatten, machten gestern den Versuch, mehrere kommunistische Häuser zu besetzen, die im Volkshausgebäude interniert waren. Die Volkshausmännchen und die Sicherheitswehr mußten von der Waffe Gebrauch machen, wobei mehrere Personen getroffen wurden. Auch ein Schutzmann wurde verwundet.

Die Regierung gab einen Erlass heraus, in dem sie die Bevölkerung ermahnt, sich nicht den Unruhehitzern anzuschließen und jede Straßenansammlung zu vermeiden. Der demokratische Staat lehne die Herrschaft der Straße ab; die Regierung sei darauf bedacht, daß die für eine Herabsetzung der Lebensmittel nötigen Schritte baldmöglichst unternommen werden.

Die Verhaftung des Reichskommissars für das Flüchtlingswesen. In der Kassebe erregenden Verhaftung des angeblichen Hauptmann von Rudra wird uns von unterrichteter Seite geschrieben: Der Verhaftete ist weder Reichskommissar noch haben ihm sämtliche Flüchtlingslager im Reich unterstanden, sondern er war lediglich Leiter des Offener Flüchtlingslagers. Außerdem ist er nicht Hauptmann und heißt nicht von Rudra, sondern Rudra. Das Untersuchungsverfahren schwebt noch. Ergebnisse irgend welcher Art liegen bis jetzt nicht vor.

Belgische Wahlerform. Die Kammer hat einstimmig einen Antrag angenommen, wonach die Abgeordneten zur Kammer in direkter Wahl durch diejenigen Bürger gewählt werden, die das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und mindestens sechs Monate in der Gemeinde wohnen.

## 4. Bundes-Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Der „Deutsche Arbeiter-Sängerbund“ hielt vom 20. bis 22. Juni im Gewerkschaftshaus in Cassel seine 4. Generalversammlung ab. Zum erstenmal seit 1914 sind die Arbeiter-Sänger aus allen Ecken des Deutschen Reiches wieder zusammengetreten, um über die Zukunft ihrer Organisationen zu beraten. In mehr als 2400 Städten und Dörfern hat der Bund jetzt Vereine. 27 Gauverbände hatten 56 Delegierte zur Casseler Tagung entsandt.

Geschäfts- und Rassenberichte des Zentralvorstandes sowie der Kontroll- und Ueberprüfungs-Kommission gaben ein Bild von der Bedeutung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes als Kulturträger und Wirtschaftsförderer.

Ein Konzert zu Ehren der Delegierten in der Stadthalle war eine mächtige Kundgebung der Arbeiter-Sängerbewegung. Sie gab Cassel eine eindringliche Vorstellung von der Tiefe des musikalischen Interesses in der Arbeiterschaft. Es ist bedauerlich, daß die gesetzgebenden Körperschaften auf die Gemeinnützigkeit der Bewegung in mancher Hinsicht zu wenig Rücksicht nehmen. Die Tagung hat dies in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht, in der gefordert wird die Freistellung der Veranstaltungen von der Arbeitergesangsvereinen von der Luftsteuer zu befreien. Die von den Gemeinden bei den Konzerten der Arbeitergesangsvereine erhobene Steuer schädigt die volksbildnerischen Bestrebungen der Arbeiter-Sänger.

Eine zweite Resolution fordert eine Ermäßigung der Fahrpreise auf der Reichseisenbahn für die notwendigen Reisen der Delegierten des Arbeiter-Sängerbundes zu ihren Tagungen. Es wird darauf hingewiesen, daß gleiche Vergünstigungen ja auch den Sportvereinen gewährt werden.

Von weittragender innerer Bedeutung für den Bund sind die Beschlüsse der Tagung, den Bundesbeitrag auf 1.50 M. festzusetzen und die Arbeiter-Sänger-Zeitung, das Bundesorgan, das bisher jedem Mitgliede unsonst geliefert wurde, fortan nur gegen einen Abonnementpreis zuzustellen. Der Bund war zu diesen Maßnahmen gezwungen, um unter der obwaltenden Teuerung allen Anforderungen auch künftighin gerecht werden zu können. Seine Leistungen gegenüber den Mitgliedern werden insbesondere durch eine umfangreiche Belieferung der Vereine mit Chorkliteratur erhöht.

Die Generalversammlung beschloß ferner folgende Resolution:

„Die 4. Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes mit der Tagung in Cassel Juni 1920 legt das Besondere mit der gesamten arbeitenden Klasse (Hand- und Kopfarbeiter) in ihrem Befreiungskampfe zu fühlen und zu denken. Der Arbeiter-Sängerbund fühlt sich eins mit dem Proletariat um die Erringung der politischen Macht und will durch seine Tätigkeit neben den hohen künstlerischen Idealen dieses Ziel erreichen. Hierzu ist aber notwendig, alle langgestundigen Arbeiter und Angestellten in seinen Reihen zu vereinigen. Nicht soll der Bund für eine Parteilichung das Ziel sein, sondern alle Sozialisten sind uns herzlich willkommen und sollen dieselben mit dazu beitragen, baldigst eine Einigung und Erstarkung des Proletariats herbeizuführen, weil eine solche im Interesse des Proletariats selbst vonnöten ist. Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund ist eine Organisation zur Bedung und Verbreitung künstlerischer Kultur in der Arbeiterschaft und weist alle Zersplitterungsversuche mit Entschiedenheit zurück. Die Geschichte der Parteidemagogie ist auch die des Arbeiters gelanges.“

## Aus der Parteipresse

Die neue Nummer der „Freien Welt“ bringt zwei packende wirkungsvolle Bilder auf den Nord der 15 Arbeiter durch die Arbeiter Studenten und ihren Freipreis. Der Bilderteil der Nummer zeigt das Glend des Proletariats in einem Bremer Bilde, die englische Arbeiterkommission, die in Sowjet-Rußland war, Karikaturen auf die deutsche Kapitalistenrepublik, Hausfrauenbilder, amerikanische Puppenindustrie und eine scharfe Karikatur gegen die bürgerliche und rechtssozialistische Presse. Der Textteil der Nummer enthält eine Rede Benins über das Räteystem, eine Erzählung „Der Mann mit den müden Augen“ von Hugo Braul, Winkelfar die Hausfrau, den Roman, das Notizbuch und die humoristische Rubrik „Was muß sein“. Neu hinzugekommen ist der „Arbeiter-Büchertisch“. Die dort erscheinenden Buchbesprechungen und der literarische Ratgeber werden dem sich bildenden Proletariat wertvolle Dienste leisten. — Preis des Heftes 60 Pfennig.



